

Kleine Anfrage

des Abg. Winfried Mack CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Gesundheitsuntersuchungen der Asylbewerber

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sie sicher, dass für alle in Baden-Württemberg ankommenden Asylbewerber eine Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) unmittelbar nach ihrem Eintreffen erfolgt?
2. In wie vielen Fällen ist bis zum 31. August 2015 eine Gesundheitsuntersuchung nach § 62 AsylVfG unterblieben und wenn ja, aus welchem Grund?
3. Durch welche Maßnahmen stellt sie sicher, dass im Falle einer nicht erfolgten Gesundheitsuntersuchung diese nachgeholt werden kann?
4. Hat sie die kommunalen Gesundheitsämter kurzfristig über die Zuweisung nicht untersuchter Asylbewerber in Notunterkünfte oder andere Einrichtungen der Erstaufnahme informiert?
5. Hat sie auf den Anstieg der Asylbewerberzahlen durch die Aufstockung der Stellenzahl des erforderlichen Personals in den Erstaufnahmestellen und die Beschaffung des erforderlichen technischen Geräts reagiert?
6. Wie viel Personal und welche medizinischen Geräte bzw. Hilfsmittel für die körperliche und psychische Untersuchung dieser Personen stand auf Landesebene (je Landeserstaufnahmeeinrichtung bzw. dieser zugeordneten Notunterkunft) zum 31. August 2015 zur Verfügung?
7. Wird sie auf den prognostizierten weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen mit der weiteren Aufstockung von Personalstellen und Sachmitteln in den Erstaufnahmestellen reagieren?

18. 09. 2015

Mack CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 19. Oktober 2015 Nr. 5-0141.5/10 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. *Wie stellt sie sicher, dass für alle in Baden-Württemberg ankommenden Asylbewerber eine Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) unmittelbar nach ihrem Eintreffen erfolgt?*

Die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 AsylVfG in Verbindung mit § 36 Infektionsschutzgesetz (IfSG) obliegt nach der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zum Vollzug des § 62 AsylVfG dem jeweils zuständigen Gesundheitsamt an den Standorten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEA). Durch Beschluss der Lenkungsgruppe Flüchtlingsaufnahme vom 11. August 2015 wurde die Zuständigkeit auf Gesundheitsämter an den Standorten der bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen (BEA), an denen eine Registrierung durch die Aufnahmeverwaltung erfolgt, ausgedehnt.

Im Zuge des Ausbaus der Erstaufnahmekapazitäten wurden die Personal- und Sachmittelressourcen für die Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen entsprechend dem Flüchtlingszugang kontinuierlich angepasst. Insofern sind die strukturellen Voraussetzungen zur Sicherstellung der zeitnahen Durchführung der Gesundheitsuntersuchung Asylsuchender sichergestellt.

2. *In wie vielen Fällen ist bis zum 31. August 2015 eine Gesundheitsuntersuchung nach § 62 AsylVfG unterblieben und wenn ja, aus welchem Grund?*
3. *Durch welche Maßnahmen stellt sie sicher, dass im Falle einer nicht erfolgten Gesundheitsuntersuchung diese nachgeholt werden kann?*

Flüchtlinge werden in der Regel nicht vor Abschluss der Gesundheitsuntersuchung in die Stadt- und Landkreise verlegt. Vorübergehende Regelungen beispielsweise im Winter 2014/2015, wonach ausschließlich die Röntgenuntersuchung als Teil der Gesundheitsuntersuchung kurzzeitig auf die Gesundheitsämter in den Kreisen der vorläufigen Unterbringung verlagert wurde, wurden zwischenzeitlich vollständig aufgehoben. Maßnahmen zur Sicherstellung nachzuholender Gesundheitsuntersuchungen erübrigen sich daher.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 4 und 5 des Antrags der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU, Sicherstellung der Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land (Drucksache 15/5980) verwiesen.

4. *Hat sie die kommunalen Gesundheitsämter kurzfristig über die Zuweisung nicht untersuchter Asylbewerber in Notunterkünften oder andere Einrichtungen der Erstaufnahme informiert?*

Über den Planungsstand der Einrichtung von LEA und BEA wurden die betroffenen Gesundheitsämter durch das Sozialministerium zuletzt in einer Besprechung am 27. August 2015 informiert. Der weitere Umsetzungsstand wurde mit den Gesundheitsämtern in der Folge jeweils bilateral geklärt.

Aufgrund des hohen Zugangs an Asylsuchenden in den letzten Wochen war es erforderlich, teilweise sehr kurzfristig Notunterkünfte einzurichten. In diesen Fällen erfolgte die Information der Gesundheitsämter in der Regel verwaltungsintern durch die vor Ort eingebundenen Vertretungen der Landratsämter bzw. Stadtverwaltungen.

5. Hat sie auf den Anstieg der Asylbewerberzahlen durch die Aufstockung der Stellenzahl des erforderlichen Personals in den Erstaufnahmestellen und die Beschaffung des erforderlichen technischen Geräts reagiert?

Die Ausstattung der Gesundheitsämter mit ärztlichem Personal richtet sich nach der Anzahl der durchzuführenden Gesundheitsuntersuchungen. Die Personalausstattung wurde entsprechend der Flüchtlingszugangs-Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgestockt, wobei alle Stellen zunächst mit einem kw-Vermerk bis spätestens 31. Dezember 2018 versehen worden sind.

Die Hilfskräfte (mittlerer/gehobener Dienst) sowie die Sachmittel für die Gesundheitsuntersuchungen einschließlich Röntgenuntersuchungen sind nach § 52 Landkreisordnung von den Kreisen bereitzustellen. Die entsprechenden Aufwendungen werden den Kreisen außerhalb der geltenden Kostentragungsregelungen über eine Pauschale pro untersuchtem Asylbewerber erstattet. Die hierfür bereitgestellten Mittel wurden ebenfalls entsprechend der Flüchtlingszugangs-Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgestockt.

Auf den Anstieg des Bedarfs bei den Röntgenuntersuchungen wurde durch eine Aufstockung der Röntgenkapazitäten reagiert. Entscheidend ist hierbei nicht die Anzahl der aus Landesmitteln beschafften Röntgengeräte, da die Umsetzung der Röntgenuntersuchungen im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 AsylVfG jeweils in Abhängigkeit von den Versorgungsstrukturen vor Ort erfolgt. So bestehen insbesondere an den städtischen Standorten von Erstaufnahmeeinrichtungen wie Karlsruhe und Mannheim Kooperationen mit Kliniken oder niedergelassenen Arztpraxen, während an den eher ländlichen Standorten (z. B. Ellwangen, Meßstetten) die Röntgenuntersuchungen mit aus Landesmitteln finanzierten Röntgengeräten und eigenem medizinischem Fachpersonal durchgeführt werden.

6. Wie viel Personal und welche medizinischen Geräte bzw. Hilfsmittel für die körperliche und psychische Untersuchung dieser Personen stand auf Landesebene (je Landeserstaufnahmeeinrichtung bzw. dieser zugeordneten Notunterkunft) zum 31. August 2015 zur Verfügung?

Zum Stichtag 31. August standen für die Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen insgesamt 13 Vollzeitäquivalente (VZÄ) für Ärztinnen und Ärzte an den Gesundheitsämtern zur Verfügung. Diese verteilten sich auf die Standorte der Erstaufnahmeeinrichtungen wie folgt: Karlsruhe (mit Außenstelle BEA Heidelberg) 4,25 VZÄ, Meßstetten 2,5 VZÄ, Ellwangen 2,5 VZÄ.

Insgesamt wurden zur Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen 21 VZÄ neu geschaffen; eine Stelle steht seit Jahren für diese Aufgabe in der LEA Karlsruhe bereit. Die Stellenbesetzungsverfahren für die noch offenen Stellen laufen derzeit, konnten aber angesichts der Schwierigkeiten, Ärztinnen und Ärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen, zum Stichtag 31. August noch nicht abgeschlossen werden. Maßgebend bei jeder zu treffenden Einstellungsentscheidung ist, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die notwendige Qualifikation für die auszuübende Tätigkeit mitbringt und die rechtlichen Mindestanforderungen (z. B. Approbation) erfüllt sind.

Um auf derartige Umstände oder auf Spitzenbelastungen bei den durchzuführenden Gesundheitsuntersuchungen zeitlich und örtlich flexibel und bedarfsorientiert reagieren zu können, werden den Gesundheitsämtern auch Sachmittel für den temporären Rückgriff auf Honorarkräfte im medizinischen Bereich zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Hilfsmittel (Röntgengeräte) wird verwiesen auf die Antwort zu Frage 5.

7. Wird sie auf den prognostizierten weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen mit der weiteren Aufstockung von Personalstellen und Sachmitteln in den Erstaufnahmestellen reagieren?

Die Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln wird sich auch zukünftig nach der Anzahl der durchzuführenden Gesundheitsuntersuchungen richten.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren